



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0866890

B/XIII/47 - 26. Februar 1958

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Bestellte Arbeit ? Zum Atombomben-Interview von Herstad	31
2 - 4	Amerika und Berlin Von Senator Dr. Günter Klein	84
4 - 5	Erbschaft des Letzten Krieges Noch immer minenverseuchte Gewässer	55
6	Arbeiter-Antwort an Ulbricht Protest-Aktionen in den Betrieben	47
7	Ernst Schumacher zum Gedächtnis Ein Leben im Dienste der Sozialdemokratie	53

\* \* \* \* \*

Bestellte Arbeit ?

sp- Seit Dienstag abend hält sich in Bonn hartnäckig das Gerücht, das Interview des NATO-Oberbefehlshabers General Norstad - "Atomwaffen für die Bundeswehr sind absolut unentbehrlich"-müsse als bestellte Arbeit gewertet werden. Dieses Gerücht entstand, als bekannt wurde, dass in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob der Rapacki-Plan eine Grundlage zur internationalen Diskussion über die Entspannung zwischen Ost und West in Europa sein könne, in Gang gekommen war.<sup>en</sup> Denn genau zu diesem Zeitpunkt erfolgte - mit Sperrfrist - die Veröffentlichung des Interviews und platzte auf diese Weise mitten in die Diskussion der Bundestagsfraktion der CDU/CSU hinein.

Gleichzeitig, fast auf die Stunde, verkündete Bundesverteidigungsminister Strauss - diesmal nicht verklausuliert - seine ablehnende Haltung zum Rapacki-Plan.

Der Vorgang erinnert an ähnliche "unabsichtliche" Interventionen, von amerikanischer Seite, die in Augenblicken erfolgt sind, in denen Adenauer und seine Politik im deutschen Volk immer stärker kritisiert wurden. Wir denken hierbei an die sogenannte Deutschlandklärung der Westmächte in Berlin kurz vor den Bundestagswahlen 1957. Auch die Intervention des amerikanischen Außenministers Dulles vor der Bundestagswahl 1953 zugunsten von Adenauer dürfte in diesen Zusammenhang der Erwähnung wert sein.

Es gibt auch noch ein anderes Moment, das befürchten lässt, die Vermutung, Norstads Interview sei bestellte Arbeit, treffe zu. Im Bonner Auswärtigen Amt können sich die Beamten, die sich ihr selbständiges politisches Denken bewahrt haben, nicht vorstellen, dass ein Norstad seine Forderung zur Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen ohne ausdrückliche Genehmigung von Außenminister Dulles gerade jetzt in der Vorbereitungs-Periode der "Gipfel-Konferenz" in die Welt gesetzt hat.

Leider ist der Aussenpolitische Ausschuss des Bundestages, in dem gerade derartige Fragen erörtert werden müssten, von seinen Vorsitzenden, dem CSU-Abgeordneten Kiesinger, seit zwei Monaten nicht mehr einberufen worden!

Amerika und Berlin

Von Senator Dr. Günter Klein

Der vor vier Monaten gewählte Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und ich besuchten vor kurzem vier Städte an der Ostküste der Vereinigten Staaten: Philadelphia, Washington, New York und Boston. Während dieser 14-tägigen Reise sprach Willy Brandt über fünfzig Mal vor der Presse, vor dem Fernsehschirm und vor den verschiedensten Gremien der amerikanischen Öffentlichkeit. Er erledigte ein reichhaltiges Programm, unter anderem verhandelte er auch mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit dessen Vertreter, mit dem Aussenminister und mit einer Reihe weiterer offizieller Persönlichkeiten.

Die Amerikaner sind stark von Personen beeindruckt, die bestimmte Ansichten vortragen. Die Ausbreitung des Fernsehens vermittelt dem Durchschnittsamerikaner viel stärker das Bild eines in der Öffentlichkeit genannten Menschen, als es anderweitig der Fall ist. Willy Brandt hat das Glück, die englische Sprache gut zu beherrschen und in seinem Auftreten die Sympathien weiter Kreise leicht zu erringen. Dies mögen aussere Hilfsmittel sein, in Amerika zum Erfolg zu kommen, sie sind es aber nicht allein.

Die Klarheit der politischen Aussage war es, die Willy Brandt zu einem verhältnismässig grossen Erfolg verhalf. Die Unbedingtheit, mit der er die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands vortrug, hat viele Amerikaner beeindruckt. Vor allen Dingen freut es die Amerikaner, dass es in Deutschland junge Politiker gibt, die sich mit Optimismus und Begeisterungsfähigkeit für die Sache der Demokratie und für die ihnen gestellten Aufgaben einsetzen.

Es ist natürlich angebracht zu fragen, welches Resultat diese Reise gehabt hat. Zunächst wollte sich der neue Regierende Bürgermeister von Berlin in den Vereinigten Staaten vorstellen. Und die Amerikaner wollten sich den Mann ansehen, mit dem sie es als Partner auf dem Berliner Posten zu tun haben. Es war eine gute Sache, dass der Berliner Bürgermeister selbst sehen konnte, wie drüben über die ihm anvertrante Stadt gedacht wird und wenn er gleich Einiges tun konnte, um das Interesse an Berlin wachzuhalten und neu zu beleben.

Willy Brandt hat selbst den Sinn der Reise so definiert; er hat es abgelehnt, etwa als "Deutscher Aussenminister" aufzutreten. Selbstverständlich sind dennoch die allgemeinen politischen Fragen zur Sprache gekommen und erörtert worden: So die Vorschläge Kennans und der Rapacki-Plan. Freimütig hat Willy Brandt auch hierüber gesprochen, auf die Pro-

blematik der ungelösten Fragenkomplexe hingewiesen und einer beweglichen Aussenpolitik das Wort geredet, vor allem aber auch die Notwendigkeit freimütiger und vertrauensvoller Aussprachen im westlichen Bereich unterstrichen. Indem er sich aber vorwiegend auf seine Berliner Aufgabe konzentrierte, hat er eine grössere Wirkung erreicht, als es ihm möglich gewesen wäre, wenn er sich von vornherein zuviel vorgenommen hätte.

Das Interesse an Berlin ist in den Vereinigten Staaten grösser, als man es in manchen Kreisen Westdeutschlands und auch Berlins wahrhaben will. In den letzten Jahren ist, verursacht durch unglückliche Umstände, dieses Interesse nicht so sichtbar gewesen. Es bedurfte aber nur eines geschickten Anstosses, um in der breiten Öffentlichkeit Amerikas wieder klar zu machen, wozu ein wichtiger Aussenposten das Freie Berlin sowohl für Amerika als auch für die gesamte demokratische Welt darstellt. Erinnerungen an die Blockade, an die Standhaftigkeit der Berliner und an das Gefühl der in schweren Tagen geknüpften inneren Verbundenheit wurden wieder lebendig, als im vertrauten Gespräch oder in der Öffentlichkeit Ergebnisse aus jener Zeit besprochen wurden.

Ulbricht machte Willy Brandt den Vorwurf, er habe sich in Amerika eindeutig zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bekannt. Ich glaube in der Tat, dass diese Wirkung erzielt wurde, ohne andere politische Gegebenheiten zu vernachlässigen. Aber es ist unerlässlich, dass das freie Berlin, vor allem von den Vereinigten Staaten, weiterhin gestützt und die Entwicklung in Berlin weiter in sichtbarer Weise gefördert wird. Willy Brandt hat unermüdlich in dieser Richtung gewirkt. Im Gespräch mit dem amerikanischen Aussenminister und seinen Mitarbeitern wurde unterstrichen, dass die politische, die wirtschaftliche und die finanzielle Verantwortlichkeit für Berlin gemeinsam getragen werden muss und dass keinerlei Unterbrechung der Aufbauarbeit in Berlin eintreten darf.

Für Berlin, aber auch für Bonn ist es wichtig zu wissen, dass die Regierung der Vereinigten Staaten immer bereit ist, mit den übrigen Westmächten und der Bundesrepublik über alle Probleme zu sprechen, die mit der Erhaltung der Sicherheit und dem weiteren Aufbau Berlins zusammenhängen. Wir konnten darüber hinaus feststellen, dass die Vereinigten Staaten weiterhin bestimmte symbolische Hilfen für Berlin gewähren werden, wie sie bisher zum Beispiel durch die Errichtung der Amerika-Gedenkbibliothek und der Kongress-Halle gewährt wurden.

Unsere Besprechungen ergaben, dass sich für alle Fragen um Berlin verhältnismässig leicht Lösungsmöglichkeiten ergeben, wenn zwischen der Bundesrepublik und Berlin eine übereinstimmende Meinung besteht. Wo eine Übereinstimmung der Ansichten nicht vorhanden ist, verweisen die Amerikaner darauf, zuerst zu einer Klärung der Auffassungen auf deutscher Seite zu kommen. Es muss stärker als bisher herausgestellt werden, welche Schlüsselstellung die Bundesrepublik bei der Durchsetzung der Wünsche Berlins hat. Es muss aber auch darauf gedrungen werden, dass die Bundesrepublik sich die Forderungen nach stärkerer politischer Mitwirkung zueigen macht, damit für Berlin weitere Erfolge erzielt werden können.

- + +

### Erbschaft des letzten Krieges

mu, Kiel

Der zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende. Wer das nicht glaubt, der möge die 55 Mann der Munitionsräumgruppe der Schleswig-holsteinischen Landesregierung fragen. Für sie werden Tonnen, Granaten und Minen des letzten Krieges immer gefährlicher. Ausserdem müssen diese Männer, die jeden Tag aufs neue Kopf und Kragen riskieren, auch Blindgänger und Munitionsfunde von den Truppenübungsplätzen und Manövergebieten beseitigen. Die Aufrüstung bringt für sie neue gefährliche Arbeit.

Allein in Schleswig-Holstein hat die Munitionsräumgruppe nach 1945 rund 5,8 Millionen Sprengkörper aller Art beseitigt. Darunter befanden sich rund 6 450 Bomben, die ausgegraben und deren tückischer Zünder herausgenommen werden mussten. Da die Gefahr besteht, dass ein amerikanischer Langzeitzünder in diesen Monaten wegen der Zersetzung eines Zelluloidplättchens scharf zu werden beginnt, sind die Räumkommandos mit Elektrosonden ausgerüstet worden. Die Landesregierung erwägt eine Vorschrift, welche die Baugrundüberprüfung auf Bomben zwingend vorschreibt.

Im Laufe der Jahre sind auch 1 800 der riesigen Seeminen, welche das Meer an die Küste spült, entfernt worden. Weiter wurden in dem kleinen Bundesland in Norden 4,9 Millionen Handgranaten, Minen und Panzerfäuste unschädlich gemacht. Im Ganzen waren es 13 000 Munitionsfunde mit rund sechs Millionen Sprengkörpern, welche die Bevölkerung meldete.

Bei diesem gefährlichen Kampf mit den Überbleibseln des letzten Krieges sind bis Ende 1957 zwischen der Nord- und Ostseeküste 342 Menschen zu Tode gekommen und 329 verletzt worden. Drei Tote und 17 Verletzte gehören als bisher letzte Opfer des zweiten Weltkrieges der Munitionsräumgruppe an.

Mit der Beseitigung des gefährlichen Erbes des letzten Krieges auf dem Ostseegrund ist erst vor einiger Zeit begonnen worden. 17 000 to Sprengkörper aller Art holten die Taucher unter lebensgefährlicher Arbeit von den Munitionsversenkungsplätzen Polserhaken in der Neustädter Bucht und Schönberg vor der Kieler Förde heraus. Wenn die Munition auf kleinen Schiffen mit den grossen roten Warnflaggen durch den Grossen Belt um Dänemark herum nach Wilhelmshaven zur Zerlegung transportiert wird, schlagen die Schiffe aller Nationen einen grossen Bogen um diese "Todeskähne". Die Direktion des Nord-Ostsee-Kanals hat den Transport der Minen und Granaten vom Ostseegrund durch die nicht befahrene Schifffahrtsstrasse verboten. Die Dänen haben das Anlegen der Schiffe in ihren Häfen untersagt und protestieren, wenn sie dicht unter der Küste auftauchen.

Noch drei weitere Versenkungsplätze vor der nördlichen Ostseeküste Schleswig-Holsteins müssen geräumt werden. Ausserdem werden die Taucher wohl auch noch in die tiefe Nordsee vor Helgoland hinabsteigen müssen, um auf dem Meeresgrund die todbringenden Geschosse in die Stahltrossen zu hängen, welche einmal auf Befehl der Engländer aus den norddeutschen Arsenalen herausgeholt und auch dort ins Meer geworfen werden mussten.

Die gefährlichste Fracht des letzten Krieges liegt aber im strömungs- und sandreichen Ostseewasser vor der Flensburger Förde. Dort wurde kurz nach Kriegsende ein deutscher Frachter versenkt, der bis obenhin mit deutschen Gasgranaten beladen ist. Diese Blau- und Gelbkreuzgranaten haben Aluminiumzünder, die vom Salzwasser immer stärker zersetzt werden, so dass jetzt die Gefahr besteht, dass das Ostseewasser und damit die Fischschwärme vergiftet werden. Da das Schiff halb versenkt ausserhalb der Hoheitsgrenze liegt, hat sich bisher niemand entschliessen können, es zu heben. 13 Jahre nach Kriegsende wird jetzt in Bonn geprüft, ob man das nicht doch tun sollte.

+ + +

Arbeiter-Antwort an Ulbricht

rt.- Die kurze, seit dem 35. ZK-Plenum vergangene Zeit hat genügt, um Ulbricht zu zeigen, welche Antwort er von den Arbeitern auf den erneut verschärften Kurs in den Betrieben zu erwarten hat. Was der SED-Bezirkssekretär von Cottbus, Stief, auf einer Funktionärstagung berichten musste, und was auch andeutungsweise von der Cottbuser SED-Zeitung gebracht wurde, ist nur eine Bagatellisierung der dramatischen Ereignisse in einigen Grossbetrieben dieses Bezirks. Ohne Zweifel haben die Massregelung Schirdewans und vor allem die von Ulbricht erhobene Beschuldigung, die "Opportunisten" hätten durch einen weichen Kurs die Sozialisierung verlangsamen wollen, zu offenen Protestaktionen gegen den SED-Chef und zu den Arbeitsniederlegungen geführt. Auf mehr als einer Arbeiterversammlung wurde offen der Rücktritt Ulbrichts aus der Parteiführung gefordert, so zum Beispiel in der Keulahütte, wo übrigens auch die demonstrierenden Arbeiter Schirdewan ihre Sympathie bekundeten. Kennzeichnend war für diese Demonstration in den Betrieben, dass auch die Lehrzahl der SED- und FDGB-Funktionäre die Forderungen der Arbeiter unterstützte.

Wie zu erwarten war, kam die gespannte Lage in der Normenfrage zur Explosion. Am 15. Februar nachmittags begannen die Arbeiter in der VEB-Drahtfabrik in Finsterwalde auf einer Versammlung gegen die Erhöhung der Normen zu protestieren. Bereits am nächsten Morgen legten sie die Arbeit nieder. Diese Widerstandsbewegung griff sofort auf einige volkseigene Betriebe in Kirchzain-Dobrilug über, aber auch in dem bekannten Lautawerk zündete der Funke, so dass es auch hier zu Arbeitsniederlegungen kam. Erst am 18. Februar waren in diesem Gebiet und weiter östlich in der Keulahütte und in den Glashütten von Weiswasser die Protestaktionen der Arbeiterschaft beendet. In der Keulahütte zum Beispiel hatten die Arbeiter an vier Tagen mit verschiedenen Teilstreiks gegen die Verschlechterung der Normen demonstriert.

In fast allen von dieser Protestbewegung betroffenen Betrieben nahmen die Arbeiter ihre Tätigkeit erst wieder auf, nachdem ihnen von Partei und Betriebsleitung die Zusicherung gegeben worden war, dass dort, wo bereits eine Normenerhöhung versucht worden war, alle Massnahmen zurückgenommen würden, und dass keiner der an der Arbeitsniederlegung beteiligten Arbeiter bestraft würde. Die Arbeiter hatten sich mit ihren Demonstrationen gleichzeitig auch gegen die seit dem 1. Februar wirksame Aufhebung einiger Vergünstigungen gewandt, wie zum Beispiel der besonderen Zuteilung von Lebensmitteln an Schwerstarbeiter. Betriebsleitung und SED mussten auch hier einen Rückzieher machen, ebenso die seit kurzem durchgeführte Verteuerung des Betriebsessens um 0,20 DM wieder aufheben.

Die Reaktion der Arbeiter auf die Beschlüsse des 35. ZK-Plenums sollte für Ulbricht eine Lehre sein. Da aber an der Weiterverfolgung des neuen Kurses nicht zu zweifeln ist, muss mit weiteren schweren Auseinandersetzungen in den Betrieben gerechnet werden. Daran wird auch der Versuch nichts ändern, am 1. März in den bestreikten Betrieben eine Versammlung mit hohen Funktionären durchzuführen.

Ernst Schumacher zum Gedächtnis

Ernst Schumacher, der frühere Verlagsleiter des "Neuen Vorwärts", ist nach langer schwerer Krankheit gestorben. Er war kein "bequemer" Mann, weder als Chef noch als Mitarbeiter. Er bildete sich sein Urteil selbst und schätzte die Menschen nach ihrem Wesen ein, nicht nach dem, was sie sagten. Aber er verschloss sich nie dem echten Argument; Offenheit wusste er zu schätzen, und der Begriff "Kollegialität" war ihm kein leeres Wort.

So hatte ihn sein Leben im Dienste der deutschen Sozialdemokratie geformt, der Lebensgang eines sozialistischen Demokraten durch den Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, durch die Verfolgungen, die das Hitler-Reich seinen Gegnern bereitet hielt, durch die Emigration während des Zweiten Weltkriegs, die Jahre des Wiederaufbaus nach totaler Katastrophe.

Als elftes von zwölf Kindern einer Proletarierfamilie in Burg bei Magdeburg geboren, hatte er sich als fünfzehnjähriger Schriftsetzer-Lernling der Sozialistischen Arbeiterjugend angeschlossen. Von dort führte ihn der Weg in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und in die Gewerkschaft, die ihn bald in verantwortungsvolle Positionen beriefen. Von 1922 ab war er hauptamtlicher Parteisekretär in Magdeburg, zehn Jahre später holten ihn die Düsseldorfer als Bezirkssekretär in den Westen.

Als Ende 1932 angesichts der braunen Blutwelle vorsorglich die ersten Vorbereitungen für eine illegale Fortsetzung der Parteiarbeit getroffen werden, wird er zum Kommandanten für fünf westdeutsche Parteibezirke bestellt. Im Sommer 1933 geht er als Leiter des nordwestdeutschen Grenzsekretariats der SPD nach Arnheim und Amsterdam, wird aber einige Monate später durch Parlamentsbeschluss "wegen politischer Tätigkeit für eine befreundete Nation" aus Holland ausgewiesen und verlegt seine Tätigkeit nach Belgien. Als ihm der Kriegsausbruch die letzten Wirkungsmöglichkeiten auf dem Festland nimmt, wandert er mit anderen deutschen Sozialdemokraten nach Bolivien aus, wo er der politische Wortführer und organisatorische Berater der europäischen Emigranten wird. Er gründet den "Landesverband der SPD in Bolivien" und gibt eine sozialdemokratische Wochenzeitung "Die Rundschau vom Illimani" heraus, die für rund zehntausend hauptsächlich jüdische Emigranten deutscher Zunge die letzte geistige Brücke zur alten Heimat wurde.

Ende 1947 kehrte Ernst Schumacher auf Wunsch des SPD-Vorstandes nach Deutschland zurück, um zunächst das Sekretariat des Bezirkes Unterfranken in Würzburg zu übernehmen. Nach Jahresfrist übertrug ihm der Parteivorstand die Funktion eines Verlagsleiters des neugegründeten zentralen Parteiverlages, des "Neuen-Vorwärts-Verlages" in Hannover. Wenn in der Zeit nach der Währungsreform mit allen ihren Schwierigkeiten ein tragfähiges Fundament für ein neues zentrales Parteiorgan geschaffen werden konnte, so war dies vor allem auch dem unermüdbaren und zielbestimmten verlegerischen Wirken Ernst Schumachers zu danken.

Seine Arbeit für das Verlagsunternehmen ist umso höher zu bewerten, als er schon damals nicht mehr im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte war. Dem abzehrenden Klima des bolivianischen Hochlandes war sein Herz nicht gewachsen. Zwar kämpfte er mit einer bewundernswerten Energie gegen das Leiden an, aber schließlich überwältigte es ihn. Zu seinem grossen Leidwesen musste er im Alter von erst 57 Jahren in den Ruhestand treten. Den alten politischen Freunden und dem "Vorwärts-Verlag" blieb er bis zuletzt aufs engste verbunden. Seine Verdienste um seine Partei und ihre Publizistik werden nicht vergessen werden.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel